

Absender:

**AfD-Fraktion im Rat der Stadt**

**19-12152**  
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Jahrelanger Leerstand des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes trotz Mangel an bezahlbarem Wohnraum**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

31.10.2019

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

12.11.2019

Status

Ö

### Sachverhalt:

Beim ehemaligen Kreiswehrrersatzamt in der Grünwaldstraße handelt es sich um eine Immobilie, die seit 2013 leer steht. Das Gebäude befindet sich aktuell im Eigentum des Landes Niedersachsen, das es vom Bund erworben hatte, um die Landesschulbehörde dort unterzubringen.

Auf Nachfrage der AfD-Fraktion vor ziemlich genau einem Jahr, wurde mitgeteilt (18-09344-01), dass „aufgrund unerwarteter Kostensteigerungen für den geplanten Umbau geprüft [wird], ob das Vorhaben wirtschaftlich darstellbar ist“. Und des Weiteren, dass ein Verkauf zu Wohnzwecken für den Landesliegenschaftsfonds in Betracht käme, wenn sich herausstellen würde, dass „das geplante Vorhaben unwirtschaftlich wäre und die Immobilie entbehrlich wäre.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Gibt es schon eine abschließende Bewertung bezüglich des Vorhabens dieses Gebäude für die Landesschulbehörde zu nutzen, wenn nicht, wann kann mit einer finalen Entscheidung gerechnet werden?
2. Wenn eine Nutzung der Landesschulbehörde nicht mehr in Betracht kommt, ist der Landesliegenschaftsfonds weiterhin bereit dieses Gebäude für kommunale Zwecke zu verkaufen oder gegebenenfalls auch an die Kommune zu verpachten?
3. Wie hoch wäre der wahrscheinliche Verkaufswert dieser Immobilie?

**Anlage/n:** keine